

Änderungsantrag

der Abgeordneten Ulla Jelpke, Dr. Gregor Gysi und der Gruppe der PDS

zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1997
– Drucksachen 13/5200 Anlage, 13/5836, 13/6006, 13/6025, 13/6026, 13/6027 –

hier: Einzelplan 06
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

Der Bundestag wolle beschließen:

Die folgenden Titel des Einzelplanes 06 werden auf jeweils
10 Mio. DM erhöht:

Kapitel	Titel	Bezeichnung	Höhe der Mehrausgaben (in Mio. DM)
06 01	532 05-011	Kosten der geistig-politischen Auseinandersetzung mit terroristischen und extremistischen Bestrebungen und einer bundesweiten Aufklärungskampagne zu Gefahren des Extremismus und Fremdenfeindlichkeit	8,85
06 35	532 02-156	Politische Bildungsarbeit (hier: Bekämpfung des Antisemitismus und anderer Vorurteile)	9,2
Gesamtsumme der Mehrausgaben in Einzelplan 06:			18,05

Bonn, den 26. November 1996

Ulla Jelpke
Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Begründung

1995 wurden dem Verfassungsschutzbericht zufolge 1 155 antisemitische sowie ca. 2 000 ausländerfeindliche Straftaten verübt. In den vergangenen Jahren ist ein äußerst besorgniserregendes Ansteigen gerade antisemitischer Straftaten zu verzeichnen. Offenbar versuchen Rechtsextremisten in der Bevölkerung weitverbreitete antisemitische Vorurteile auszunutzen.

Die für die politische Bildungs- und Aufklärungsarbeit zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel müssen aus diesem Grund deutlich aufgestockt – und nicht, wie geplant – reduziert werden.

Bei der Planung der mit den beiden Haushaltsposten zu finanzierenden Bildungsprojekte ist darauf zu achten, daß dort nicht über „die Gefahren des Extremismus“ im allgemeinen oder „andere Vorurteile“, sondern ausschließlich und unzweideutig über Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus aufgeklärt wird.